

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Hossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Erscheint
wöchentlich zweimal u. zwar Dienstags
und Freitags. — Abonnementspreis
vierteljährlich 1 Mk., durch die Post
bezogen 1 Mk. 25 Pf. — Einzelne
Nummern 10 Pf.

Inserate
werden Montags und Donnerstags
bis Mittags 12 Uhr angenommen.
Insertionspreis
10 Pf. pro dreigespaltene
Corpuszeile.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Druck und Verlag von Martin Berger in Pirna S. A. Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion H. A. Berger daselbst.

No. 64.

Freitag, den 10. August

1894.

Bekanntmachung,

Gesichtschießübungen bei Grumbach betreffend.

Am 14., 15., 16. und 20. August d. J. täglich von früh 6 bis Nachmittags 1 Uhr und am 17. und 18. August desselben Monats täglich von früh 6 bis Nachmittags 2 1/2 Uhr findet Gesichtschießen des königlichen Schützen-Regiments No. 108 mit scharfen Patronen in dem Gelände zwischen Wilsdruff, Grumbach, Pohrdoth, Herzogswalde, Helbigsdorf und Umbach auf einem in der Flur Grumbach errichteten Schießplatze statt.

Zur Verhütung von Unglücksfällen wird folgendes angeordnet:

1. Am 14., 15., 16. und 20. August je von früh 5 bis Nachm. 1 Uhr und am 17. und 18. August je von früh 5 bis Nachm. 2 1/2 Uhr wird, soweit der Aufenthalt in dem bezeichneten Gelände während des Schießens gefährdet ist, der Verkehr auf der Kunststraßenstrecke Herzogswalde-Grumbach sowie auf sämtlichen durch das Gelände führenden Wegen durch Militärposten und von dem Regiments-Kommando aufgestellte Tafeln gesperrt.
2. Während der gleichen Zeit darf Niemand über die aufgestellten Tafeln hinausgehen oder das von einem Posten zum andern in der Richtung nach dem Schießplatze gelegene Gelände betreten und hat daselbst insbesondere auch jede Feld- oder Waldarbeit zu unterbleiben.
3. Den Weisungen der Absperrungsposten ist unbedingt Folge zu geben.

Meissen, am 28. Juli 1894.

Königliche Amtshauptmannschaft.

J. B. Meusel, Bezirksassessor.

Montag, den 13. dieses Monats, 11 Uhr Vormittags

gelangt an hiesiger Gerichtsstelle 1 Remonteuhr zur Versteigerung.
Wilsdruff, den 7. August 1894.

Sekretär Busch, Ger.-Bollz.

Zur wirtschaftlichen Lage.

Der schwere und in den weitesten Volksteilen gespürte Druck, welcher nun schon so lange auf dem gesammten Erwerbsleben Deutschlands lastet, will leider noch immer nicht weichen. Wohl lassen sich in einzelnen industriellen und gewerblichen Zweigen unläugbare Anzeichen einer Wendung zum Besseren erkennen, aber im Großen und Ganzen ist die wirtschaftliche Lage in unserem Vaterlande nach wie vor doch noch eine recht gedrückte. Diese fortdauernde Ungunst der Zeiten auf wirtschaftlichem Gebiete spiegelt sich zahlenmäßig in dem soeben veröffentlichten Ausweise über den Ausfuhr- und Einfuhr-Handel Deutschlands für das erste Halbjahr 1894 wieder, denn nach beiden Richtungen hin nimmt sich der Ausweis, im Ganzen betrachtet, unerfreulich genug aus. Die deutsche Ausfuhr hat in dieser Epoche im Vergleich zu dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres um ca. 96 Millionen Mark abgenommen, während die Waaren-Einfuhr aus dem Ausland nach Deutschland im ersten Semester des laufenden Jahres eine Zunahme von ca. 140 Millionen Mark gegen der gleichen Periode des Vorjahres aufweist. Das Anschwellen der Einfuhr für das erste Halbjahr 1894 betrifft hauptsächlich Getreide und Vieh, die Zunahme in der Werth-Einfuhr beider Artikel beträgt zusammen rund 116 Millionen Mark und es muß darum diese beträchtliche Zunahme wohl auf das Verlustkonto der deutschen Nationalwirtschaft gebucht werden.

Vedenklicher jedoch als dieses Plus in der deutschen Einfuhr, ist offenbar das Minus von 96 Millionen Mark in der deutschen Ausfuhr. Die Einfuhrzunahme pro erstes Semester 1894 kann theilweise als eine wieder vorübergehende Erscheinung bezeichnet werden, wie d. n. z. B. die größeren Viehbezüge aus dem Auslande lediglich als eine Folge des Futtermangels in Deutschland im vergangenen Jahre zu betrachten sind. Dagegen zeichnet sich in der Abnahme der Werthausfuhr Deutschlands deutlich die vorhandene wirtschaftliche Misere ab. Die Hauptverlustträger bei dieser Einbuße von 96 Millionen Mark sind die wichtige Textilindustrie und ihr verwandten Zweige, also vornehmlich die Artikel Baumwolle und Baumwollwaren, Wolle und Wollwaren, Seide und Seidenwaren und Leder und Lederwaren. Es ist nach Lage der Dinge kaum anzunehmen, daß für diese Industriezweige baldigt wieder eine Wendung zum Besseren kommen könnte, so daß sich die geschäftliche Zukunft für die betreffenden Industrien in nichts weniger als rosigem Lichte malt. Freilich ergeht es auch anderen Industriezweigen Deutschlands nicht besser, speziell tritt im Eisengewerbe die ungünstige geschäftliche Conjunctur merklich hervor.

In dieser fortdauernden unerfreulichen Situation in den wirtschaftlichen Gesammterhältnissen Deutschlands tragen indessen eine ganze Reihe widriger Umstände vereint bei, nichts wäre verkehrter, als die Schuld hieran lediglich nach einer einzigen Richtung hin zu suchen, sie z. B. etwa den neuen Handelsverträgen aufzubürden. Man kann den letzteren einen gewissen Antheil bei der Steigerung der Einfuhr nach Deutschland zwar unbedingt zuschreiben, aber die eigentlichen Ursachen der fortdauernden Depression auf wirtschaftlichem Gebiete wurzeln denn doch wo anders. Es sind dies die Geschäftskrisen in überseeischen Ländern, hauptsächlich in Nordamerika, dann die Silber-Calamität, weiter das eigene Emporkommen ebendam von Europa und speziell von Deutschland aus mit Industrieartikeln versorgte Länder — Japan, Indien, Australien, Nordamerika usw. — dann das Schutzollsystem vieler Staaten, endlich der im Sinken begriffene Inlandkonsum. Von der Beseitigung wenigstens

eines Theiles der genannten Erscheinungen hängt im Wesentlichen die Wiederbelebung des Geschäfts in Deutschland ab, wann da aber die allseitig erhoffte Wendung zum Besseren eintreten wird, dies entzieht sich natürlich noch ganz der Berechnung. Jedenfalls darf man erwarten, daß die deutsche Geschäftswelt den Muth nicht sinken lassen wird, deutsche Ausdauer, Zähigkeit und Unternehmungslust haben schon schlimmere Zeiten wieder überwunden.

Tagesgeschichte.

Seit Montag weilt Kaiser Wilhelm wiederum auf dem Boden Englands, woselbst der kaiserliche Enkel der greisen Königin Victoria auch diesmal bei Hofe wie auch seitens der Bevölkerung die herzlichste Aufnahme gefunden hat. Die Rückkehr des ertauchten Monarchen nach Deutschland erfolgt wahrscheinlich nächsten Mittwoch.

In der Entsendung von 3 deutschen Kriegsschiffen nach den ostasiatischen Gewässern kann man nur mit Genugthuung den ernstlichen Entschluß der Reichsregierung erblicken, sich der deutschen Interessen in jenen wichtigen Ländern kräftigst anzunehmen. Die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands in Ostasien sind sehr bedeutend und werden mit jedem Jahre stärker, sie werden von keinem anderen Lande übertroffen, darum ist es auch angemessen, daß wir für alle Zwischenfälle und Wendungen wohl vorbereitet am Platze sind. Dann werden wir auch bei der vermittelnden Intervention der Großmächte, die wohl nicht allzulange ausbleiben wird, das uns gebührende Wort mit sprechen können. Die kriegerischen Bewicklungen in jenen entlegenen, aber für unsere Interessen so wichtigen Ländern zeigen wieder einmal, wie unentbehrlich eine leistungsfähige und stets schlagfertige Marine ist und wie die daraus verwandten Kosten durch den Schutz der deutschen Wirtschaftsinteressen wohl wieder erstattet werden. Der Reichstag hat in jüngster Zeit seinen Sparsamkeitstrieb besonders an der Marine ausgelassen. Er sollte darin nicht zu weit gehen. Bei den gewaltigen Aufwendungen für unser Landheer müssen wir uns freilich einige Zurückhaltung in unserer Seewehr auferlegen, das Schicksal künftiger Kriege, in die Deutschland verwickelt werden sollte, wird auch sicherlich nicht durch große Schlachtschiffe und ungeheure Panzerschiffe entschieden werden. Was uns vor allem noth thut, ist der Besitz einer genügenden Anzahl leistungsfähiger Schiffe, welche, wie im vorliegenden Falle, jederzeit bereit sind, den Schutz der deutschen Interessen in überseeischen Ländern zu besorgen.

Fürst Bismarck hat in Barzin einen Vertreter der „Magdeb. Ztg.“ empfangen. Das genannte Blatt veröffentlicht über diese Unterredung wie überhaupt den gesammten Besuch ihres Mitarbeiters in Barzin einen längeren Bericht, der aber in seinem politischen Inhalte nichts Besonderliches enthält. In der erwähnten Unterredung selber hat die Politik nur eine untergeordnete Rolle gespielt, dem Oesterreichskanzler ist von den Aertzen streng untersagt worden, sich mit Politik oder sonst irgend etwas, das seine Ruhe stören könnte, zu befassen. Der Berichtsteller der „M. Z.“ hält daher für ausgemacht, daß Fürst Bismarck unter keinen Umständen als Politiker je wieder in Aktivität treten würde. Hervorzuheben ist aus der betreffenden Unterredung lediglich eine Aeußerung des Fürsten Bismarck über die Anarchistengefahr. Er meinte, daß ein internationales Vorgehen gegen die Anarchisten nicht viel nützen würde, jeder Staat solle vielmehr innerhalb seiner eigenen Grenzen geeignete Vorkehrungen gegen den Anarchismus treffen.

Berlin, 8. August. Das Gewitter, welches gestern Nachmittag über Berlin niederbrach, verursachte eine mehrfache Alarmirung der Feuerwehre gegen Wassergefahr. Aus der Umgegend von Berlin werden furchtbare Verheerungen gemeldet. Besonders in Freiwalde richteten die theilweisen wallnußgroßen Hagelstücke beträchtlichen Schaden an. Mächtige Baumstämme wurden von dem heftigen Sturme enturzelt.

Als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachtet die Sozialdemokratie bekanntlich die revolutionäre Bearbeitung der Jugend. Sie wartet damit nicht, bis das wahlfähige Alter erreicht und die politische Einsicht wenigstens einigermaßen gereift ist, sondern sie stellt bereits die Kinderjahre unter eine radikal-politische Aufsicht. Sozialdemokratische Schulungen, die als ihr Leibstück den „Sozialistenmarsch“ oder die „Marzelliste“ singen und Klassenbewußt jeden Menschen mit gutem Haß und anständigen Umgangsgewohnheiten als „Bourgeois“, „Ausbeuter“ und „Drönnungsbestie“ mit feindseligen Blicken betrachten, sind leider nicht selten. Auch die Sozialdemokratie denkt: wer die Jugend hat, dem gehört die Zukunft, und sie trifft nach diesem Grundsatze ihre Anstalten. Sehr zutreffend führt die „Köln. Ztg.“ unter der Ueberschrift „Noche Kinderfeste“ folgendes aus: „In bedauerwürdiger Verblendung haben zahlreiche Eltern unter dem Druck des Parteinflusses ihr Familienleben zu einer sozialdemokratischen Drillanstalt für die vorhandenen Kinder gemacht. Die Bilder, die diese in der Behausung sehen, sind sozialdemokratisch; die Gespräche, die sie hören, sind sozialdemokratisch; die Bücher und Zeitungen, die sie zu Hause außer den Schulbüchern in die Hand bekommen, sind sozialdemokratisch; die Lieder, die etwa in der Familie gefungen werden, sind sozialdemokratisch; die Vereinfeste, an denen die Eltern theilnehmen und zu denen sie die Kinder mitnehmen, sind sozialdemokratisch; die Familienfreunde sind sozialdemokratisch. So bildet sich in einer von dem zartesten Kindesalter auf sie einwirkenden politisch-radikalen Umgebung jene mit den zügellosesten Leidenschaften erfüllte rothe Jugend, die eine der schwersten Gefahren für den Staat und eine gedeihliche Kultur-entwicklung bildet. Zu der Züchtung einer solchen Jugend bedient sich die Sozialdemokratie seit einigen Jahren auch mit Vorliebe der Kinderfeste. Zielbewußte Genossen, irgend ein rother Verein oder auch sozialdemokratische geschäftstüchtige Schankwirthe veranstalten derartige Feste, die meistens von den Alten, Jungen und Jüngsten der Partei sehr gut besucht sind. Hier wird gewissermaßen im Spiel das Seelenleben der Kinder vergiftet. Es ist leicht, bei dieser Gelegenheit die Frauen in die politische Wühlarbeit mit hineinzuziehen; der Partei fernstehende Familien werden unter dem Deckmantel eines anscheinend harmlosen Kinderfestes in politisch-radikale Kreise unauffällig eingeführt und dann nach Möglichkeit „bearbeitet“ und festgehalten. Die sächsische Regierung hat derartigen Kinderfesten jetzt etwas mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Sie will, daß bei Veranstaltungen von Kinderfesten und bei der Betheiligung der Schulkinder an den Festen Erwachsener gewisse allgemeine Vorschriften beachtet werden, die den Behörden die Möglichkeit bieten, solche Veranstaltungen überhaupt zu verhindern, bei denen der sittlichen Gesundheit der Schulkinder Gefahr droht. Die höheren Schulbehörden in Sachsen haben daher in den letzten Tagen verschiedene Verordnungen erlassen, die in der Hauptsache in dem folgenden übereinstimmen: Zur Abhaltung von Kinderfesten an öffentlichen Orten oder die von Schankwirthen, von offenkundigen Anhängern politischer oder kirchlicher Parteien, oder von Vereinen, die sich mit öffentlichen